TERRORABWEHR

CDU will Grundgesetz ändern

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Bundeswehreinsatz im Innern fordert der stellvertretende Unionsfraktionschef Günter Krings eine Änderung des Grundgesetzes. Das Karlsruher Gerichtsurteil bedeutet, dass der Abschuss eines Flugzeugs zur Abwehr eines Terrorangriffs der Zustimmung der gesamten Bundesregierung bedarf. „Diese Regelung ist Unsinn“, sagt Krings. „Es ist nicht realistisch, in diesen Extremsituationen auf Kabinettsbeschlüsse zu warten. Wir müssen das Grundgesetz dahingehend ändern, dass in solchen Fällen nicht erst die gesamte Bundesregierung zustimmen muss.“ Stattdessen

EMILY WABITSCH / DPA

Mögliches Angriffsziel Atomkraftwerk

sollte der Generalinspekteur der Bundeswehr oder der Verteidigungsminister allein den Befehl zum Abschuss erteilen können. In der Verfassung fehle dafür aber noch die Rechtsgrundlage, so Krings.

Wallraff in einer Großbäckerei 2008

DAVID KLAMMER / LAIF

AFFÄREN

„Auf unschöne Weise“

Die Debatte um die Arbeitsmethoden des Autors und Enthüllungsjournalisten Günter Wallraff hat möglicherweise auch strafrechtliche Konsequenzen für mehrere Zeugen Wallraffs. Die Staatsanwaltschaft Bad Kreuznach bestätigte, dass sie vergangene Woche Ermittlungen wegen des Anfangsverdachts der uneidlichen Falschaussage eingeleitet hat. Hintergrund sind eidesstattliche Versicherungen, die die Arbeiter einer Großbäckerei vorgelegt hatten, um Rechercheergebnisse von Wallraff zu stützen. Mehrere von ihnen hatten vor Gericht ausgesagt, die Schilderungen ohne fremde Hilfe formuliert zu haben. Nach Angaben von Wallraffs ehemaligem Mitarbeiter André Fahnemann haben die Arbeiter dagegen Blanko-Unterschriften abgegeben. Den Text hätten er, Fahnemann, und Wallraff später gemeinsam erstellt. Wallraffs Anwalt räumt die Blanko-Unterschriften ein, sagt aber, der Wortlaut der Texte sei mit den Betroffenen abgestimmt gewesen. Der Enthüllungsjournalist steht seit Wochen in der Kritik, nachdem Fahnemann diverse Interna öffentlich machte (SPIEGEL 33/2012). Inzwischen hat sich ein weiterer Mitarbeiter Wallraffs gemeldet. Der Journalist behauptet unter Pseudonym in einem Internetbeitrag, dass er es gewesen sei, „der den allergrößten Teil der Dreharbeiten mit versteckter Kamera für den Film ‚Bei Anruf Abzocke‘ geleistet“ habe. In der Reportage hatte Wallraff 2007 die schlechten Arbeitsbedingungen in Callcentern angeprangert. „Wallraff hat dort nicht selbst gedreht, auch wenn er vorher kurz bei CallOn Probe gearbeitet hatte“, behauptet der Rechercheur, dessen echter Name auch in internen Dokumenten auftaucht. Wallraff habe ihm „fest versprochen, meinen Namen im Film wie auch im nachfolgenden Buch ‚Aus der schönen neuen Welt – Expeditionen ins Landesinnere‘ zu erwähnen“. Das sei nicht passiert. „Ja, er verschweigt danach auf unschöne Weise die Namen der Mitarbeiter, weil er es wohl nicht erträgt, den Ruhm teilen zu sollen“, kritisiert der Journalist, der allerdings Wallraffs Arbeit prinzipiell für richtig hält und verteidigt. Der Anwalt von Günter Wallraff, Winfried Seibert, erklärt, sein Mandat sei in allen Callcentern, die in dem Film auftauchen, auch gewesen und habe dort auch überall gefilmt. Im Hinblick auf die Namensnennung des Mitarbeiters in dem Film verweist er auf die zuständige Produktionsfirma. Der Produzent von „Bei Anruf Abzocke“, Gerhard Schmidt, erklärt, der Name sei in Absprache mit dem Journalisten „aus Gründen des Informantenschutzes“ nicht genannt worden.

ENERGIE

„Ende eines Holzwegs“

Die Bundesregierung verabschiedet sich von einem für sie einst wichtigen Projekt der Energiewende. Sie will den Bau von effizienten Kohle- und Gaskraftwerken jetzt doch nicht finanziell unterstützen. Das „Kraftwerksförderprogramm“ werde „nicht weiterverfolgt“, antwortete das Bundeswirtschaftsministerium auf eine Anfrage des Grünen-Energieexperten Oliver Krischer. Dieser begrüßt das Aus als „Ende eines Holzwegs“. Die Bundesregierung hatte das Programm in Höhe von rund einer halben Milliarde Euro im Sommer 2011 beschlossen, um die befürchtete Stromlücke nach dem Abschalten von Atomkraftwerken auszugleichen. Der Neubau von Kohle- und Gaskraftwerken sollte dafür mit bis zu 15 Prozent bezuschusst werden. Nach Angaben des Ministeriums ist das Programm vor allem wegen „restriktiver“ Vorgaben der EU-Kommission für die Bewilligung der Subventionen gestrichen worden.